Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 202 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeb.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 29. April

Anzeigenpreis: Geschäftsanzeigen, Inserate p. Zeile 80 Pfg., auswärtige p. Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1.25 Mk. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Eine neue Lebensmittelnote der Entente

Gemeinsame Verhandlungen in Versailles

Berlin, 28. April.

Clemenceau hat heute der deutschen Regierung im Namen der Ententemächte eine neue Note überreicht. Die Mächte fordern darin Deutschland auf, umgehend Bevollmächtigte zu entsenden, zwecks Aufnahme neuer Verhandlungen über den Abschluß von Rohstoff- und Nahrungsmittellieferungen. Die Entente schlägt vor, daß die neuen Vertreter die Verhandlungen gemeinsam mit der in St. Cloud befindlichen deutschen Finanzkommission führen. Die deutsche Regierung hat die Note der Entente sofort bestätigt. In der deutschen Antwortnote wird mitgeteilt, daß die Bildung einer neuen deutschen Kommission nicht mehr nötig sei, da die heute nach Paris bezw. Versailles entsandte Deputation alle nötigen Vollmachten ausgestattet sei.

Die deutsche Delegation ist heute nachmittag vom Potsdamer Bahnhof in zwei Zügen um 3,15 Uhr und 3,32 Uhr nach Versailles abgefahren.

Entgegen der ursprünglichen Absicht, mit der Friedensdelegation eine Unterkommission von 38 Mitgliedern nach Paris zu entsenden, die dort als Referenten für die wirtschaftlichen Fragen in Betracht gekommen wäre, ist im letzten Augenblick die Reise dieser Kommission unterblieben. Es wurden vorläufig nur 10 fachmännische Berater zur Prüfung und Begutachtung der in Paris auftauchenden wirtschaftlichen Fragen dorthin entsandt. Unter ihnen befindet sich Oberbaurat Cunow (Hamb.-Am.-L.), Direktor Voß (Blohm-Voßwerke), Direktor Heinecken (Nordd. Lloyd), Exzellenz Keller-München. Die anderen Mitglieder bleiben vorläufig in Berlin und reisen erst ab, wenn sich die Notwendigkeit für ihr Anwesenheit in Paris durch die Einleitung tatsächlicher Verhandlungen über den Inhalt des Friedensvertrages ergibt.

Brüssel, 28. April.

Der Barkow Versailles wird während der Friedensverhandlungen, die ziemlich lange dauern werden, für das Publikum nicht völlig geschlossen sein. Für die deutschen Delegierten sind 60 Hektar reserviert. Die Delegierten haben sogar das Recht, in die Stadt auszugehen, aber in unauffälliger Begleitung, um jeden Zwischenfall zu vermeiden.

Berlin, 28. April.

Der Reichswirtschaftsminister hat mit seiner Vertretung bei den Friedensverhandlungen in Versailles den bayerischen Staatsrat Exzellenz von Meinel und Herrn Richard Herrmann aus Frankfurt a. M. betraut. Die beiden Herren reisen sich heute nachmittag, begleitet vom bayerischen Bezirksamtmann Dr. Feldbauer, nach Versailles begeben. Die Vertretung des Reichswirtschaftsministeriums in der Friedenskommission in Berlin werden nach wie vor Geheimrat von Flotow und Regierungsrat Fellinger wahrnehmen.

Die Friedensarbeiten

Berlin, 28. April.

Der Friedensausschuß der Nationalversammlung ist nunmehr zu einer Sitzung am Freitag dieser Woche, nachmittags 6 Uhr, einberufen worden. Die Sitzung wird in Berlin, und zwar im Reichskanzlerpalais, stattfinden.

Paris, 28. April.

„Temps" ist der Meinung, daß der Rat der Regierungschefs die Prüfung der Bedingungen des Vertrages mit Deutschland in zwei bis drei Tagen beendigt haben könnte.

Paris, 28. April.

Dem „Echo de Paris" zufolge fordert der Entwurf der Wirtschaftskommission im Friedensvertrage, daß Deutschland den Alliierten das Recht auf Meistbegünstigung, sogar in vielen Fällen auf Gleichberechtigung mit seinen eigenen Landesangehörigen zugesteht.

*

Genf, 28. April.

Nach einer Meldung des „Temps" liegt, wie unser X-Sonderberichterstatter mitteilt, der Kriedensvertrag mit Deutschland vollkommen fertiggestellt vor. Der Viererrat wird in zwei bis drei Tagen seine Unterschriften unter das Dokument setzen. Der Entwurf hat die französischen Wünsche in bezug auf Elsaß-Lothringen vollkommen erfüllt. Die endgültige Festlegung des Passus ist das Werk einer englisch-amerikanisch-französischen Kommission. Ein Textauszug wird der Presse in dem Augenblick übergeben werden, in dem er in die Hände der deutschen Delegation gelangt. Die Abfassung des für die Presse bestimmten Communiqué wird vor ihrer Veröffentlichung dem Viererrat zur Durchsicht vorgelegt werden.

Amsterdam, 28. April.

Dem „Algemeen Handelsblad" zufolge meldet der Pariser Berichterstatter der „Etoile Belge", Belgien werde Malmedy mit Umgebung erhalten. Frankreich und Belgien werden die Rheinlande 15 Jahre lang besetzt halten, und zwar Frankreich mit 200 000 Mann und Belgien mit ungefähr 20 000 Mann. Die Kosten der Besetzung des Rheinlandes werden zu Lasten Deutschlands fallen. Außerdem wird Belgien die freie Fahrt auf dem Rheine zugestanden. Die Revision des Vertrages von 1839 wird einer Kommission übertragen. Was die finanzielle Regelung anbelangt, so hat Hymans das feste Versprechen erhalten, daß Belgien, wenn Deutschland, wie erwartet wird, gewiß ist, sofort 25 Milliarden an Frankreich zu bezahlen, davon 7 Milliarden erhalten wird.

Der Kampf um die Kohle

Erneutes Aufflammen des Generalstreiks in Oberschlesien — Unerhörte Arbeiterforderungen

Die Gruben ersaufen

Beuthen, 28. April.

Seit Mittag hat sich die Lage in Oberschlesien wieder verschlechtert. In Gleiwitz ruht jede Arbeit. Die Gleiwitzer Kohlengruben und Hüttenwerke, ferner die sonstigen industriellen Anlagen liegen still. In Zaborze ist der größte Teil ausständig. Die oberschlesischen Zeitungen konnten heute nur in kleinem Umfange erscheinen, teilweise gar nicht.

Gleiwitz, 28. April.

Die Streikleitung führt, wie unser hs-Sonderberichterstatter mitteilt, jetzt auf den Gruben herum, um die Belegschaften zum Streik aufzufordern. Eine Reihe von Gruben hat sich bereits dem Streik angeschlossen. Der Kruschacht bei Beuthen ist in Gefahr, zu ersaufen. Die Arbeiter des Oberschlesischen Elektrizitätswerkes haben erklärt, daß sie auch keinen Strom für die Lazarette und Krankenhäuser mehr liefern wollen.

Die „Berl. Börs.-Ztg." schreibt zu der Beilegung des Generalstreiks im Ruhrrevier und zum Aufflammen des Streiks in Oberschlesien: Der Generalstreik im Ruhrrevier ist beigelegt, der Generalstreik in Oberschlesien proklamiert. Wenn der in Oberschlesien sein Werk getan und die Kohlenproduktion auf ein paar Wochen verhindert hat, wird der Westen wieder zum Streik bereit sein. So geht es nun schon seit Monaten, so wird es noch ein paar Monate weitergehen, bis in Deutschland kein Hochofen mehr brennt und kein Schlot mehr raucht, wenn hierfür nicht geschieht. Die Regelmäßigkeit dieser Schicksalsfolge läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß die Generalstreiks im Osten und Westen sich auf das allmähliche Zusammenhämmern unserer Industrie beziehen, daß sie das auf organisierte Werk einer politischen Gruppe sind, denen eine Schar von Agitatoren dient. Anfang oder Mitte voriger Woche sind die Agitatoren, von Westen kommend, über Berlin nach dem Osten gefahren, spätestens zu Pfingsten werden sie wieder an der Ruhr auftauchen. Dieser einfachen Ueberlegung kann sich auch die ausübende Reichsbehörde nicht verschließen. Warum verhaftet man nicht die Brandstifter, bevor der Feuerschein durch die Länder huscht?

Lattowitz, 28. April.

Die Pressestelle des Staatskommissariats für Oberschlesien teilt mit: Die Gruben- und Hüttenbetriebe arbeiten bis auf die Gruben um die Königshütte, die vom elektrischen Strom abhängig sind. Die Belegschaft der Heinitzgrube hat dem Bergarbeiterverband ähnliche Forderungen übermittelt, wie die Belegschaft des Georgenschachtes, denen sie folgende Forderungen hinzufügte: Stillegung der angefangenen Arbeiten über und unter Tage, Stillegung des Kesselhauses und der maschinellen Betriebe, Einstellung der Kohlenverladung vom Bestand, Bildung einer Grubenwehr, Absetzung des Generalbevollmächtigten Bergrats Kanler, eines Fahrsteigers und eines Steigers.

Die Belegschaft des Georgenschachtes der Bergingspektion Zaborze hielt eine Versammlung ab, die den Anschluß an den Generalstreik beschloß. Eine Abordnung übergab dem Betriebsführer folgende Forderungen: 1. Erteilung des Grenzschutzes durch Arbeitermiliz. 2. Aufhebung des Belagerungszustandes. 3. Freilassung der politischen Gefangenen. 4. Versammlungs- und Redefreiheit. 5. Sechsstündige Arbeitszeit. 6. Bezahlung der Streikschichten. 7. Erfassung der Lebensmittel durch die A.- und S.-Räte. 8. Selbstverwaltung für Oberschlesien. 9. Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann. Es ist als sicher festgestellt, führt die Pressestelle des Staatskommissariats hinzu, daß der sogenannte Aktionsausschuß dieser neuerlichen oberschlesischen Bewegung der Kreisarbeiterrat von Hindenburg ist, der nur aus unabhängigen Sozialisten und Nationalpolen besteht, und dessen Führer der unabhängige Sozialist Rechtsanwalt Lichtenstein ist.

Gleiwitz, 28. April.

Infolge des Streiks in den oberschlesischen Elektrizitätswerken in Zaborze ist heute auf einzelnen Gruben der Betrieb wegen Stromdeschränkung eingestellt worden. In Anda versuchte eine Einbrecherbande aus Zaborze in der Nacht zum Sonntag zu plündern. Sie war bereits in einige Häuser eingedrungen und bedrohte die Einwohner mit Erschießen. Die Polizei erschoß einen Einbrecher und verhaftete einen andern.

*

Essen (Ruhr), 28. April.

In den heutigen Frühschichten waren 12 396 Bergarbeiter ausständig, gegen 44 658 am Sonnabend. Es wird auf allen Zechen gearbeitet.

Stettin, 28. April.

Infolge der gestrigen Vorgänge sind die Arbeiter der großen Werften und sämtlicher Industriebetriebe in den Demonstrationsstreik getreten.

Aufhebung der schwarzen Listen

Ein Antrag Englands.

Berlin, 28. April.

Der Vorsitzende der britischen Mission überreichte am 27. April der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa folgende Note:

„Ich bin beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen beschlossen haben, nach Mitternacht vom 28. zum 29. April alle schwarzen Listen von Firmen und Personen, die sie veröffentlicht oder zusammengestellt haben, zurückzuziehen und alle Verbote (disabilitions) in bezug auf den Handel und die Handelsverbindungen mit Firmen oder Personen solcher Listen außer Kraft treten zu lassen. Die alliierten und assoziierten Regierungen behalten sich das Recht vor, alle oder einige solcher schwarzen Listen wieder einzuführen, falls sich dies als notwendig ergeben sollte. gez. Hahing."

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß dieser Beschluß der alliierten und assoziierten Regierungen, wie einwandfrei festgestellt, auf ausdrücklichen Antrag der englischen Regierung gefaßt wurde.

Das Muster einer Räteregierung

Die unglaublichen Münchener Zustände. — Kein Geld, keine Nahrungsmittel, keine Arbeit.

Nürnberg, 28. April.

Aus München wird gemeldet: Die Mitglieder des Volksrates Toller und Klingelhöfer haben ihre Posten in der militärischen Oberleitung und Menger sein Amt als Volksbeauftragter der Finanzen niedergelegt. Die Finanzverhältnisse in der Räterepublik sind katastrophal. Um den in den Staatslasten und Banken herrschenden Mangel an Zahlungsmitteln abzuhelfen, ist die Verfügung ergangen, daß sämtliche Tageseinnahmen der großen Betriebe, der Fabriken, Kaufhäuser, Theater, Kinos, Kaffees und Wirtschaften, täglich durch ihre Betriebsräte im Beisein der Besitzer bei einer Bank einzuzahlen sind. Außerdem sind sämtliche Wohnungs- und Pachtzinsen vom 1. bis 10. Mai auf das Konto einer Bank einzuzahlen. Vorausbezahlung von Gehältern ist strengstens verboten. Die Schätzung der roten Armee auf 50 000 Mann ist stark übertrieben. Von den mehr als 30 000 Arbeitslosen haben sich nur 2000 zur roten Garde gemeldet. An Mehl und Kunsthonig sind reichliche Bestände vorhanden. Doch fehlt es an Fleisch. Die Einwohnerschaft Münchens ist lediglich auf Mehl angewiesen. Die Brauereien sind infolge Kohlenmangels gesäumt, die weitere Erzeugung einzustellen. Dadurch werden wieder 10 000 Arbeiter brotlos. Der Finanzminister hat erklärt, daß in der kurzen Spanne Zeit der Räterepublik vom Staate mehr Geld verausgabt worden sei, als von den anderen Regierungen. Er ist mit den Russen in Differenzen geraten, weil er sich weigerte, die Schlüssel zu den Safes herauszugeben. Die Russen wollten die dort liegenden Juwelen und Wertpapiere beschlagnahmen. Da die Notenpresse von der Regierung Hoffmann in Sicherheit gebracht worden ist, versucht die Regierung die Herstellung von Noten auf photochemischem Wege. Die Zeitungen erscheinen heute wieder. Die bürgerlichen unter Vorzensur. Die Buchdrucker haben sämtlich erklärt, sie würden die Arbeit einstellen, wenn den bürgerlichen Blättern das Erscheinen nicht gestattet würde. Große Sensation rief die Mitteilung eines Polizeibeamten hervor, daß im Paßamt Formulare für Auslandspässe gestohlen worden seien. Die Auslandspässe habe das revolutionäre Tribunal für seine Mitglieder gefordert, und der Volkszugrat habe unter schweren Drohungen die Auslieferung der Pässe verlangt.

Nach den neuesten Meldungen aus Bayern ist die Glon-Linie im Besitz der Regierungstruppen. Petershausen und Allershausen sind von Regierungstruppen besetzt, ebenso Alt-Cetting, Neu-Cetting und Sonthofen.

Noske im Volkston

Die Sicherheit des eigenen Schädels.

Berlin, 28. April.

Ueber die Danziger Rede, die Reichswehrminister Noske gegen die Umtriebe der Unabhängigen und Kommunisten gehalten hat, wird von dem Danziger Mitarbeiter der „Deutschen Allgem. Ztg." gemeldet:

„Eine Anzahl meiner Parteigenossen haben mit einem gewissen Unbehagen meiner Tätigkeit zugesehen, aber wie konnten wir anders handeln", erklärte ihm Noske. „Ich bin der Ueberzeugung, daß mein Regent das richtige gewesen ist; wir dürfen uns nicht auf der Nase herumtanzen lassen. Vor allem dürfen wir nicht tatenlos zusehen, wenn eine noch geringere Minderheit als die Unabhängigen, die weit links von den Unabhängigen steht, uns den Schädel einschlagen will. Wir müssen notgedrungen eine Sicherung schaffen, daß sie nicht an unsere Schädel herankommen. Ich bin meinem Grundsatz stets treu geblieben, wenn es sich darum handelt, daß auf einem Buckel getrampelt werden soll, so sehe ich nicht ein, daß das gerade mein Buckel sein soll, sondern suche mir einen anderen dazu aus. Unsere Parteigenossen müssen den Mut haben, in den Betrieben dem Treiben einer Minderheit entgegenzutreten. Ich will für meinen Teil in den Staatsbetrieben dafür sorgen, daß terroristische Ereignisse ein Ende haben, wenn ich die Fabriken sozialisieren soll. Voraussetzung für den Achtstundentag ist Arbeit, sonst können wir einpacken mit unserer Sozialisierung und wir sind erschöpft bei dem Versuch, auf dem Weltmarkt zu konkur-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904291-12/fragment/page=0001

kieren. Die Staatsbetriebe zum Tummelplatz der Gemeine zu machen, die gegen die Regierung sind, ist ein Unfug, den ich mit unter keinen Umständen gestatten lassen werde, solange ich etwas zu sagen habe. Aus diesem Grunde habe ich die Spandauer Werke restlos schließen lassen und werde dafür sorgen, daß sie in Ehren wieder geöffnet werden, wobei natürlich die Arbeiterinteressen ihre erforderliche Berücksichtigung finden werden.

*

Was die Jenenser erreichten

Jena, 28. April.

Dem Protest der Jenaer Arbeiterschaft an die Reichsregierung auf Zurückführung der Regierungstruppen aus Jena ist, wie unser gg-Berichterstatter drahtet, stattgegeben worden. Die Truppen hatten Befehl erhalten, Jena noch Montag zu verlassen. Interessant bei diesem Vorgehen ist, daß die Regierung demnach der Jenaer Arbeiterschaft nach gegeben hat, lediglich weil diese mit dem Generalstreik, der für Dienstag abends 5 Uhr beschlossen worden ist, gedroht hat.

*

Ueberrumplung in Hamburg

Hamburg, 28. April.

Nachdem heute vormittag die Absperrung der Neustadt nach erfolgreicher Durchsuchung wieder aufgehoben werden konnte, ist ein Teil der Truppen mit der Ueberrumpelung des Gewerkschaftshauses beauftragt worden. Von sechs verschiedenen Seiten rückten die Truppen gleichzeitig ab. Bei der Ueberrumpelung wurde von einzelnen Stellen auf die Sicherheitsmannschaften geschossen. Ein Sicherheitsmann wurde verwundet. Von der Bevölkerung sind glücklicherweise keine Verletzungen zu verzeichnen. Etwa 60 Personen sind durch das Kommando der Kriminalpolizei festgenommen worden. Sehr viel Diebesgut, ganze Handtaschen mit Uhren, Ketten, Brillanten usw., große Säcke voll Stiefeln und Militärreffekten, Fahrräder, Waffen, Handgranaten, Schußwaffen, Messer usw. wurden beschlagnahmt. Ein Kriminalwachtmeister fand bei einem der Festgenommenen Dumdum-Geschosse. Die Kommandantur ist der Ueberzeugung, daß diese Ueberrumpelung dem Diebesgesindel bereert in die Knochen gefahren ist, daß der schamlose Handel mit Diebesgut vor dem Hamburger Gewerkschaftshause ein für allemal ausgerottet worden ist.

Der Entwurf einer Landarbeitsordnung

Wie wir hören, ist der Entwurf einer Landarbeitsordnung fertiggestellt, der nunmehr als Unterlage für die weiteren Beratungen über die Schaffung einer endgültigen umfassenden Landarbeitsordnung dienen soll und von Dr. Asmis, Dezernenten im Landesökonomiekollegium, verfaßt ist. Der Entwurf gliedert sich in Bestimmungen über den landwirtschaftlichen Dienstvertrag und öffentlich rechtliche Bestimmungen über das landwirtschaftliche Dienstverhältnis. In dem ersten Teil sind allgemeine Bestimmungen über Vertragsschluß, Vertragspflichten und Fürsorgepflicht der Dienstverpflichteten und Dienstberechtigten enthalten. Ferner ist die Materie über Sicherung der Ansprüche aus dem Dienstvertrage sowie Sonderbestimmungen über mitarbeitende Familienangehörige, Lehrlinge, Dienstboten, Gesinde, Handwerker und Facharbeiter sowie Betriebsbeamte ausgearbeitet. In dem zweiten Teil behandelt ein Abschnitt die Arbeitsbücher, ein weiterer die Landarbeits-Gerichte, wobei auch das Verfahren vor den Landarbeits-Gerichten und vor dem Gemeindevorsteher festgelegt ist. Ein besonderer Abschnitt befaßt sich dann mit Arbeitskämpfen, ein anderer mit Arbeiterschutzbestimmungen. Der Entwurf liegt zurzeit den landwirtschaftlichen Körperschaften zur Stellungnahme vor.

Gewerkschaftliche Organisation der Presse

Sonntagsruhe im Zeitungsgewerbe beantragt.

Berlin, 27. April.

Der Reichsverband der deutschen Presse hielt am Sonntag, den 27. d. M., in Berlin eine Delegiertenversammlung ab, die aus Berlin wie aus dem Reiche zahlreich besucht war. Nach eingehender, den ganzen Tag füllender Verhandlung wurde der grundlegende Paragraph der neuen Satzung angenommen, nach dem der Reichsverband seine Umbildung in eine gewerkschaftliche Organisation vollzieht. Die Beratungen werden am Montag fortgesetzt.

Der Reichsverband der deutschen Presse führte am Montag die Verhandlungen seiner Delegiertentagung zu Ende. Die Bestimmungen der neuen Satzung über die Mittel und Wege, die ihm in seiner künftigen Gestaltung der Erreichung seiner Ziele dienen sollen, sowie die Festsetzung, über die künftig von seinen Mitgliedern zu erhebenden Beiträge wurden in ausführlicher Beratung erledigt. Der ganze übrige Satzungsentwurf wurde provisorisch en bloc angenommen. Er soll nochmaliger Ausschußberatung unter Berücksichtigung der in der Aussprache hervorgetretenen Wünsche unterworfen und endgültige Beschlußfassung auf der Herbst-Delegiertenversammlung getroffen werden. Des weiteren gelangten zwei Entschließungen zur Annahme. Die eine vom sozialen Ausschuß eingebrachte ersucht den Vorstand, zu erklären, daß die Einbeziehung der Redakteure in die Organisation der übrigen Angestellten der Zeitungsbetriebe, wie sie durch die Verordnung vom Dezember 1918 für die Wahlen von Angestelltenausschüssen und von Arbeiterräten vorgeschlagen worden, mit den Lebensinteressen der Presse unvereinbar sei. Für die bevorstehende Neuordnung des Rätesystems und die Handhabung des Mitbestimmungsrechtes in den Betrieben wird die Bildung eigener Betriebsausschüsse für die Angestellten der Redaktionen neben den schon vorhandenen Arbeiter- und Angestelltenausschüssen gefordert. Eine zweite Entschließung erhebt Einspruch gegen die Bedrückungen, denen die Presse in den besetzten Gebieten im Westen und Osten unter der feindlichen Besetzung ausgesetzt ist, und spricht den beteiligten Kollegen die vollste Sympathie aus. Endlich fand noch ein Antrag des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse Annahme, demzufolge für eine reichsgesetzliche Regelung der Sonntagsruhe im Zeitungswesen unter Fortfall der Montagmorgenblätter eingetreten werden soll.

Präsident Ador als Schiedsrichter?

Genf, 28. April.

Bundespräsident Ador hat sich auf telegraphische Einladung der Alliierten nach Paris begeben. Man vermutet hier, daß Herr Ador berufen ist, in der amerikanisch-italienischen Streitfrage einen Schiedsspruch zu fällen.

Wie der „Manchester Guardian" mitteilt, haben die hervorragendsten Arbeiterführer Englands, wie Henderson, Hodge, Smillie und Thomas, im Anschluß an den italienischen Zwischenfall in Paris dem Präsidenten Wilson, Clemenceau, dem italienischen Sozialisten Turati und Lloyd George ihre Glückwünsche und Zustimmung zum Wilsonfrieden der 14 Punkte gesandt.

Genf, 28. April.

In Paris traf, so drahtet unser hf-Sonderberichterstatter, aus Rom der dortige Botschafter der Vereinigten Staaten ein. Er sprach die bestimmte Erwartung aus, daß die Fiumefrage in dieser Woche geregelt würde. Die Rücksendung der amerikanischen Polizeitruppen aus Italien nach Frankreich sei nur eine Maßnahme, um die Menge nicht herauszufordern.

Sonnino beim König

Rom, 28. April.

Eine erregte Menge erwartete Sonninos Ankunft am Bahnhof. Er wurde mit Hochrufen auf Fiume, Dalmatien und Italien begrüßt. Sein Automobil wurde vom Volke gezogen. Sonnino wurde von der Menge in das Stadtratsgebäude getragen, wo er eine Ansprache halten mußte. Er begrüßte hierbei den König und sprach die Hoffnung aus, daß Italien siegen werde, wenn es einig bliebe.

Der bayerische Tagesbericht

Bamberg, 28. April.

Unsere Vorposten haben Postierungen der Roten Garde auf, Reichshilfe ist auf bayerisches Ersuchen bereitgestellt worden. Die Werbungen schreiten erfreulich fort. Die Zusammenarbeit aller Stellen hierzu, insbesondere der Verwaltungsbehörden, ist geordnet. In Nordbayern und Schwaben ist alles ruhig.

Sämtliche 28 Verwundeten der Regierungstruppen sind im Nürnberger Garnisonslazarett untergebracht worden. Von den drei Schwerverletzten sind zwei gestorben. — Vier von den bei den Unruhen am Sonnabend verwundeten Regierungssoldaten sind gestorben.

Die Bischöfe vom Reichsland

Berlin, 28. April.

Die „D. allg. Ztg." meldet aus Zürich: Papst Benedikt ernannte soeben auf Grund des für Elsaß-Lothringen noch geltenden Konkordates den von der französischen Regierung vorgeschlagenen Elsässer Ruch, Bischof von Nancy, seit 1914 französischer Armeebischof, zum Bischof von Straßburg und den bisherigen Metzer Generalvikar Pelt zum Bischof von Metz.

Ungarn siegreich geschlagen

Budapest, 28. April.

Meldung des Ungarischen Korr.-Büros. Die rumänischen Vortruppen erreichten am 26. April Beles-Csaba und gelangten in die Nähe von Vilyek-Ladany. Die ungarischen Truppen wurden zurückgenommen. Ein [illegible] Süden her gegen die Theiß-Brücke von Csap getrichter Angriff wurde zurückgeschlagen.

In Bayern und in Ungarn, überall sind die Erfolge der Räteregierung festzustellen. Und da gibt es noch fanatische Idealisten, die uns mit dieser Regierungsform der Diktatur des Proletariats beglücken wollen.

Die deutsche Spartakusbewegung in englischem Solde

Wie uns mitgeteilt wird, behandelt der Bericht eines kürzlich aus England zurückgekehrten ehemaligen Mitgliedes der russischen Auswärtigen Amtes die Frage, aus welchen Quellen der Geldstrom für die Spartakistenbewegung fließt. Er ist überzeugt der Ansicht, daß englische Machenschaften, vor allem englisches Geld und englische Agenten die treibenden Kräfte der Bewegung sind, die immer von neuem durch diese angefacht wird. So sind englische Agenten an der deutschen Westgrenze beauftragt, mit dem Ankauf unseres Papiergeldes beschäftigt, um es bereits sofort den Spartakisten zukommen zu lassen. Im Zusammenhang mit diesem unlauteren Treiben steht die Fabrikation von deutschem Papiergeld in der italienischen Schweiz, wo beträchtlich 50 Mark-Scheine hergestellt werden. Die Muster hierfür stammen aus der Reichsbank, wo sie bei dem letzten großen Spartakistenaufstand gestohlen wurden. Nach Ansicht des oben genannten Gewährsmannes ist ferner die Ermordung des sächsischen Kriegsministers direkt auf Anstiften Joffes erfolgt. Von ihm geht der Plan aus, er hat die nötigen Gelder gegeben und auch den Mordgesellen ausgewählt. Dieser soll Axmannsdorf heißen und sich wahrscheinlich nach Stefseln in Deutschland aufhalten. Daß nur der sächsische Kriegsminister als Opfer auserlesen sein sollte, ist kaum anzunehmen. Die Beseitigung aller führenden Persönlichkeiten ist vielmehr sicher in Aussicht genommen.

General Maerckers feste Hand

Braunschweig, 28. April.

Der „Volksfreund", das Organ der hiesigen Unabhängigen, ist auf Anordnung des General Maercker auf drei Tage verboten worden. Das Verbot wird begründet mit Aufreizung zum Klassenhaß und Anstiftung einer neuen Revolution in dem Artikel „Auf zur Maifeier!" Weiter ist in dem Artikel „Wer hält die Freiwilligenkorps aus?" eine Beleidigung der Freiwilligenkorps zu erblicken. — Die Bildung einer Landeswehr macht gute Fortschritte. Es ist gelungen, auch die Mehrheitssozialisten dafür zu gewinnen. Der mehrheitssozialistische Volksbeauftragte Steinbrecher ist in den Ausschuß eingetreten.

Die Bolschewisten-Greuel

Helsingfors, 28. April.

Ein soeben hier aus Riga eingetroffener Reisender gibt über die Verhältnisse in Riga folgende Schilderungen: Seit dem Einrücken der Sowjettruppen herrscht furchtbares Elend, das noch durch die jetzt eingetretene Anarchie noch gesteigert hat. Die Zahl der Verhafteten soll sich auf etwa 16 000 beziffern. In den letzten Wochen werden täglich etwa 200 Hinrichtungen vorgenommen; von den Erschossenen sind 50 Prozent Deutsche und Deutsch-Balten, 40 Prozent Letten, der Rest Juden und verschiedene Nationalitäten-Angehörige. Einige Stadtviertel sind vollständig evakuiert, die Einwohner auf der Insel Halensholm interniert worden.

Das Wirtschaftsleben in Riga ist tot. Alle Maschinen, Vorräte an Lebensmitteln, Kleidern und Gebrauchsgegenständen werden weggeschleppt. Wenn der jetzige Zustand nur noch kurze Zeit dauert, ist die Zukunft Rigas auf Jahrzehnte vernichtet.

Die Heimkehr aus China. Gestern hat die Ausschiffung begonnen mit dem Dampfer „Atreus" aus China angekommenen 720 Deutschen in Rotterdam begonnen. Dieses erste Kontingent bestehe gelehrter Chinadeutscher besteht hauptsächlich aus den Chefs und Angestellten der größten deutschen Handelshäuser in Schanghai. Es sind weder Frauen noch Kinder mitgekommen. Der Dampfer fuhr am 17. März von Schanghai ab und hatte in Singapore sechs Tage Aufenthalt, da sechs Deportierte flüchteten. Zum Empfang hatten sich unter anderem eingefunden einige Mitglieder der deutschen Gesandtschaft im Haag. In den nächsten Tagen werden die Dampfer „Nore" und „Novara" erwartet, die auch Frauen und Kinder mitbringen. Die gestern ausgeschifften Deutschen fuhren am Nachmittag nach Deutschland weiter.

Dernburg und das Steuerprogramm. Wie wir hören, wird der neue Reichsfinanzminister Dernburg das Steuerprogramm seines Amtsvorgängers in den Hauptzügen unbedingt unbedingt, so daß mit generellen Abänderungen nicht zu rechnen sein dürfte.

Nachdruck verboten.

Die Referendarin

46] Roman von Carl Busse.

Nun hätte Peter Körner zahlen und gehen können. Er tat keins von beiden. Er stand und schwieg.

Ihm gegenüber stand und schwieg Julie Fischer.

Plötzlich hob er mit einem leichten Ruck den Kopf, daß sie zusammenzuckte und scheu emporsah. Um seinen Mund huschte der Anflug eines Lächelns.

„Sind Sie mir noch böse?" fragte er.

Sie schüttelte mehrmals kurz den Kopf.

„Das ist mir lieb." Nach einer Pause: „Wir haben uns lange nicht gesehen."

Sie nickte.

„Und jeden Mittag waren Sie hier?"

Auch diesmal antwortete sie nur durch eine Geste. Mit trägem Summen zog eine große Fliege durch den Raum und stieß ein paarmal an die Scheiben.

Die Referendarin stand reglos, mit gesenktem Haupt. Es war ihr, als wachse die Glut unerträglich. Der Boden begann zu glühen. Sie zog ihre trockenen Lippen zusammen und benetzte sie mit der Zunge.

Und als spüre auch er die Glut, sprach er: „Sie haben es hier sehr heiß. In dieser Hitze auszuhalten — —! Aber drinnen ist es wohl kühler."

Er blickte in den Nebenraum hinein, dessen Tür offen geblieben war.

„Ja," erwiderte sie und wandte sich gleichfalls.

Man sah in dem Stübchen nur den Tisch am Fenster und den Stuhl davor. Auf dem Tisch lag ein aufgeschlagenes Buch.

„Lesen Sie soviel? Was lesen Sie denn?"

„Oh," wehrte sie ab.

Und er, zwei Schritt am Ladentisch entlang gehend, bis er den schmalen Durchgang erreicht hatte: „Darf ich mir das Buch nicht ansehen?"

Sie schlug nur die Augen zu ihm auf. Sie wußte, jetzt war sie verloren.

„Es ist ja . . . nur ein Roman," sprach sie mit spröder Stimme.

Und wieder war es der Ton ihrer Stimme, das verhaltene Bangen und die verhaltene Glut, die ihn erregten. Er blickte sie an. „Aber ich will ihn sehen!"

Die Worte waren heiß gefärbt von dem begehrenden Kraftgefühl des Mannes.

Er schritt dicht an ihr vorüber in den kleinen Nebenraum hinein. Er schritt auf den Tisch zu.

Sie war noch immer reglos stehen geblieben, wo sie stand. Erst als er nach dem Buch griff, kam die Kraft des letzten Sichwehrens über sie.

Sie flog auf ihn zu, sie packte das Buch gleichzeitig. Sie wollte etwas sagen — etwas, womit sie sich gleichsam selbst behauptete. Aber in der Spannung des Augenblicks sagte sie nur: „Es gehört mir . . . es gehört mir!"

„Ja doch", — er gab das Buch nicht frei — „ja natürlich."

Immer fester umspannte er den Band.

Sie hatte die Zähne zusammengebissen. Eher sollten ihre Finger brechen, ehe sie losließ.

Ein Ringen entstand zwischen ihnen beiden. Ein jähes Atmen, ein heftiges Keuchen. Eines suchte dem andern nur durch die Kraft der Finger, die wie Krammen sich um das Buch gelegt hatten, den Band zu entwinden.

Keinem gelang es. Sie standen so dicht, daß der Hauch ihres Mundes sich vermischte; fast wie Feinde sahen sie sich an.

Da zog Peter mit scharfem Ruck das Buch dicht an sich heran.

Sie ließ nicht nach. Sie wurde mitgezogen. Sie sank halb gegen seine Brust.

Und als hätte diese erste Berührung alles entschieden, ließen sie fast gleichzeitig den Band los. Er fiel; er schlug polternd auf und blieb liegen.

Ueber ihm jedoch riß Peter die Referendarin in seine Arme. Es geschah wild und heftig, als sei er zornig, als müsse er ihr, die er vorhin nicht besiegt hatte, seine Kraft zeigen, als wolle er jeden Widerstand und sie selbst brechen.

Aber sie widerstand nicht mehr. Ein kurzer, stöhnender Wehruf — er tat ihr weh, er zerdrückte sie. Und er bemerkte, daß sie sich über sie, bog sie zurück, als wollte er sie wirklich brechen, küßte sie. Eine Sturmflut von Küssen — er küßte die trockenen Lippen, die spröden, roten, brennenden, wieder weich und geschmeidig. Er hob sie empor: „Wem gehörst du?"

Sie antwortete nicht; sie konnte nicht antworten. Sie hatte die Worte vielleicht gar nicht verstanden. Sie sah ihn nur an — halb von den Lidern bedeckt waren ihre Augen, die schräg und schwimmend durch die Wimpern zu ihm emporschauten.

Und ihm war: wenn er sie jetzt losließe, würde sie haltlos fallen und zu Boden gleiten, so schwer hing sie in seinen Armen. Mit noch festerem Druck umschloß er sie. Und er fühlte, wie ihre Kniee in Frost und Fieber zitterten, wie ein leises Schütteln, durch ihr weißes Sommerkleid sichtbar, ihren ganzen Körper durchlief.

Da fing er an mit heißem Flüstern zu ihr zu reden.

„Warum hast du dich so lange gewehrt? Ju . . . ich will dich Ju nennen. Wie heiß' ich, Ju? Sag's mir doch . . . sag's nach: Peter! Schwarzer Peter, dummer Peter! Wie heiß' ich, Ju?"

Und sie, während das Zittern sie von neuem überfiel: „Peter!"

Ganz leise, flüsternd wie er, als dürfe niemand sie laut reden. Demütig und dankbar, scheu und selig, gebrochen und doch erlöst.

„Peter!"

Ihre Stimme, die ihn einst verletzt hatte, war nun ganz still und weich und schön. Ihr Gesicht, zurückgebogen, lag in der Fülle ihres Haares. Ihre junge Mädchenschönheit hielt er fest am Herzen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904291-12/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 29 April.

Resultat der Stadtverordnetenwahl

33 Bürgerliche gegen 33 Sozialdemokraten

Nach nichtamtlicher Zählung sind am vergangenen Sonntag für das Bürgertum, dessen Parteien die Listen eingereicht hatten, insgesamt 36953 Stimmen abgegeben worden, und zwar für die Liste Steinbrück (Deutschnational) 8484 Stimmen, für die Liste Hoffmann (Deutsche Volkspartei) 1621 Stimmen, für die Liste Ziegler (Zentrum) 1384 Stimmen, für die Liste Heine (Antisemitenring) 2891 Stimmen, für die Liste Weschke (Hausbesitzer) 1755 Stimmen und für die Liste Ritter (Demokraten) 20818 Stimmen. Von den Sozialdemokraten, die diese Listen nicht verbunden hatten, erhielten die Liste Wolf 7580 Stimmen und die Liste Hennig 31148 Stimmen. Nach keiner Richtung verbunden marschierten die Kriegsbeschädigten mit der Liste Bartels, die 1066 Stimmen erhielt. — Von diesen abgegebenen Stimmen entfallen auf die

Unabhängigen . . 27 Stadtverordnetensitze
Mehrheitssozialisten . 6 „
zusammen 33 Stadtverordnetensitze.

Auf die Kriegsbeschädigten entfällt kein Mandat. Dagegen erhalten von den bürgerlichen Parteien die

Deutschnationale Volkspartei .	8 Sitze
Deutsche Volkspartei	1 Sitz
Christliche Volkspartei (Zentrum)	1 Sitz
Hausbesitzerpartei	2 Sitze
Angestelltenpartei	3 Sitze
Demokraten	18 Sitze
zusammen	33 Sitze

Es ist möglich, daß sich bei amtlicher genauer Zusammenlegung der abgegebenen Stimmen die Mandatsverteilung unter den bürgerlichen Parteien noch etwas verschiebt, daß vielleicht die Hausbesitzerpartei nur einen erhält und dafür die Deutsche Volkspartei, oder die Demokraten, oder die Deutschnationalen einen Sitz mehr erhalten. Fest zu stehen scheint dagegen, daß auf vereinigte Bürgertum ebensoviel Stadtverordnetensitze entfallen, als auf die beiden sozialdemokratischen Parteien, also Stimmengleichheit herrscht. Wenn die beiden sozialdemokratischen Parteien die Listen verbunden hätten — was stolz verschmäht wurde — und wenn die Kriegsbeschädigten (in der Hauptsache Sozialdemokraten) eine eigene Liste aufgestellt, sondern entweder für Hennig oder Kleeis gestimmt hätten, würde die Sozialdemokratie über die Mehrheit auf dem Stadthause gehabt haben. Durch deren Zersplitterung ist das nun glücklich vermieden worden. In Wirklichkeit wird das Bürgertum in der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben, einige Sozialdemokraten infolge strafrechtlicher Delikte Untersuchungshaft sitzen — vorausgesetzt natürlich, daß die bürgerlichen Abgeordneten regelmäßig und vollzählig zu den Sitzungen erscheinen! Woran es in den ersten Sitzungen des verflossenen, unrechtmäßigen Parlaments leider gefehlt hat!! —

Von deutschnationaler Seite können folgende Abgeordnete als gewählt gelten: Prof. Dr. Steinbrück, Stadtrat a. D. Hoffmann, Kreisschulinspektor Hesse, Direktor Ziegler, Kreisarzt Dr. Bundt, Stadtsekretär Dr. Carlsson, Stadtschwester Marie Hesse und Justizrat Herold. Ungewiß ist noch, ob der neunte deutschnationale Kandidat, Bergrat Schrader, gewählt ist.

— Zur Freigabe des Spätobstes. Bekanntlich ist das Frühobst von der Zwangswirtschaft freigegeben worden, während das Spätobst noch bewirtschaftet werden soll. Die Freigabe des Spätobstes soll indes auch erfolgen, wenn die Erfahrungen mit der Freigebenen Frühobst gute sein werden, d. h. wenn dieses Obst tatsächlich im Handel zu erschwinglichen Preisen erscheint und wenn die Fettzufuhr aus dem Auslande so reichlich und ständig ausfällt, daß von der Herstellung von Marmeladen aus Obstsorten für Marmeladenherstellung verzichtet werden kann.

— Entziehung der Verkaufserlaubnis. Der Magistrat macht bekannt: Wir haben dem Fleischermeister Edmund Logus, Große Ulrichstr. 26, gemäß der §§ 12 u. 17 der Verordnung des Bundesrats vom 25. Sept. bzw. 4. Nov. 1915 für die Zeit vom 5. Mai bis 14. Juni d. J. die Erlaubnis zum Fleischverkauf entzogen. Sämtlichen Personen, welche bei dem Fleischermeister Logus Fleisch eingetragen sind, ergeht daher die Aufforderung, dieses bis zum 3. Mai d. J. sich für die Zeit der Schließung des Geschäfts bei einem anderen Fleischer anzumelden und innerhalb dieser Zeit von diesem das Fleisch zu entnehmen. Diese Bestellungen können nur auf Grund von Bescheinigungen erfolgen, welche im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 2. Obergeschoß, Zimmer 24, vor der Anmeldung abzuholen sind. Der Gesamtfleischbedarf ist dabei vorzulegen. In der Woche vom 3. bis zum 8. Mai d. J. kann das Fleisch noch bei dem Fleischermeister Logus entnommen werden.

— Jugendliche Halle. Die Jahresversammlung der Jugendlichen findet am heutigen Dienstag, nachmittags 5 Uhr, in der Aula, Hörsaal 9, statt. Wegen der Wichtigkeit der zur Verhandlung stehenden Gegenstände werden alle Freunde der Jugendschriftarbeit gebeten, an dieser Versammlung teilzunehmen.

— Die Reichsbankstelle hat ihre Geschäftsräume am 1. Mai geschlossen.

— Der eitbekannte „Gasthof zur Weintraube" in der Leipzigerstraße ist eingegangen. Mit der „Weintraube" verschwindet ein gut Teil althalischer Geschichte, denn sie war mit zu den ältesten Lokale der Stadt. Bis zu der vor etwa Jahren erfolgten Inbetriebnahme der Halle-Hettstedter Bahn war der Gasthof namentlich von Handelsleuten und Landwirten der Umgegend, die ihre Waren auf dem Wochenmarkte zu verkaufen in Halle feilboten, besonders gern als Ausspannung benutzt.

— Beitzbilder der „H. Z." In unserer Geschäftsstelle hängen zwei Bilder aus: Das Unterseeboot-Mutterschiff „Bulkom" ist, nach Erfahrung an die Entente unterwegs, in der Nordsee gesunken. Hinter den Berliner Sechs-Tage-Rennens. Bilder in seinem Frühstücks-, Wohn- und Schlaf-Kabinett.

— Gewinnung von Kali-Steinsalz durch elektrische Grubenbahnen Bergwerken unter der Erde. Die Lebensmittelversorgung Deutschlands. Auspacken der aus Amerika eingetroffenen Speckseiten. Das Unterseeboot bei der Probefahrt, mit welchem eine Geschwindigkeit von 80—90 Kilometer in der Stunde erzielt wurde. Das diesjährige Frühjahrs-Propaganda-Waldlaufen im Stadion. Die erste Runde.

*

Künstlerverein auf dem Pflug

Baukunst im neuen Deutschland.

Es ist dem „Künstlerverein auf dem Pflug" sehr zu danken, daß er durch Vorträge über Kunst-Themen volksbildend eingreift. Schade, daß am Sonnabend im Mozartsaal nur ein ziemlich kleiner Kreis von Zuhörern versammelt war, vor dem Stadtbaurat Jost über „Baukunst im neuen Deutschland" sprach; während der erste Abend des Künstlervereins, über Expressionismus, viel Freunde und Feinde herangelockt hatte.

Und doch sind die Aufgaben der Baukunst durch die entstandene Wohnungsnot aktuell und brennend genug geworden.

Nachdem der Redner auf die Entwicklung der Architektur eingegangen war und die Unterschiede der beiden hauptsächlichsten Stilarten der griechischen und gotischen Baukunst betont hatte: die Unterordnung unter Ueberliefertes und der Wille zum Ausdruck, kam er auf die Fragen der Gegenwart zu sprechen. Die Pflichten der Architektur im neuen Deutschland. Für keine andere Kunst hat das Volk bedauerlicherweise so wenig Verständnis, wie für die Architektur-Zweckmäßigkeit! Das scheint bei vielen die Parole zu sein. Darin ist uns der Engländer über. Er hat es schon viel eher verstanden, auch dem Arbeiter das eigene Haus zum ganz persönlichen künstlerischen Besitz zu machen, in dem er sich zu Hause fühlt. Und nicht, ein moderner Nomade, fast jeden 3. Monat seine Wohnung wechselt. Es soll das hohe Ziel des deutschen Künstlers sein, Fackelträger zu werden! Hat doch der deutsche Gewerbund auch während des Krieges Hervorragendes geleistet und gilt durch seine Ausstellungen, auch in Schweden und der Schweiz als Vorbild. Besonders dankenswert ist, in welcher Weise es Ernst Ludwig von Hessen verstanden hat, eine ungeahnte Betätigung der wahrhaft künstlerischen Architektur hervorzurufen.

Diesem hohen Ziel, Vorkämpfer der deutschen Baukunst zu sein, muß jeder Eingelne Opfer bringen. Der Schutz des Eigentums muß zurückstehen hinter den Forderungen des Stils. Aber nicht nur der Hausbesitzer muß sich unterordnen, sondern jeder einzelne Künstler muß Solidaritätsgefühl beweisen, seine Ideen nicht opfern, oder anpassen. Denn nicht nur künstlerische Pflichten hat der Architekt zu erfüllen, sondern ein weites Feld zu sozialer Betätigung liegt vor ihm. Wie sehr wird im neuen Deutschland das soziale mit dem künstlerischen Hand in Hand gehen müssen, soll es wirklich ein schönes, neues Deutschland werden! Diese Aufgabe verlangt vom schaffenden Künstler warme Liebe zur Kunst und zur Menschheit.

Auch der Hallenser hat Grund, der Baukunst mehr Anteilnahme entgegenzubringen, sind doch schon Pläne entworfen für ein Volkshaus, vielleicht auf der Höhe der Bergschenke und ein Jugendheim, dessen Kosten von ½ Million Mark durch die Beiche-Stiftung bestritten werden sollen. Schulen sind zu bauen und Häuser für die vielen, während des Krieges gegründeten Haushalte. Im Osten und Süden der Stadt hat der Kleinwohnungsverein in dankenswerter Weise Heime geschaffen, die den künstlerischen und sozialen Ansprüchen durchaus Rechnung tragen. Viele Anforderungen, die eine moderne Stadt, um wahrhaft modern zu sein, stellt, sind von der Architektur noch zu befriedigen: Volkssportplätze, Versammlungs- und Musik-Säle. Wahrlich Aufgaben, die die ganze Liebe des Baukünstlers verlangen, eine Stadt zu schaffen, die das erfüllt, was schon Aristoteles verlangt, nämlich ihre Bürger sicher und glücklich zu machen.

S. S.

Provinz Sachsen

Außerordentliche Provinzialsynode der Provinz Sachsen

3. Vollsitzung.

Magdeburg, 26. April.

In der dritten Vollsitzung spricht das Gebet Syn. Moeller. Die Sitzung steht im Zeichen geschäftlicher Vorlagen, zumeist Anträge des Verwaltungs- und Haushalts-Ausschusses. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Antrag Weinhof angenommen: die Eingabe des Bundes „Freie Volkskirche" in Magdeburg betr. Urwählen zur Kirchenversammlung wird dem Verfassungsausschuß als Material überwiesen. Auf Anregung des Oberpräsidenten und mit Zustimmung der Staatsregierung wird der Synodale Dr. Fischer als Vertreter der Provinzialsynode nach Weimar entsandt, um dort am 28. April an den Verhandlungen teilzunehmen, die zwischen den beteiligten Staaten in der Frage der Schaffung eines Großthüringens stattfinden werden. Gelegentlich der Anträge verschiedener Kreissynoden bezüglich der kirchlichen Lagerbücher (Berichterstatter Syn. Meyer) entspinnt sich eine lebhafte Besprechung über den Wert dieser Einrichtung. Gewünscht wird, daß das gegenwärtige Verfahren in seiner Unübersichtlichkeit und Schwerfälligkeit abgeschafft, aber auf jeden Fall ein brauchbarer Ersatz geboten wird. Denn ein solches ordentlich geführtes Verzeichnis des Grundeigentums, der Papiere, der Einkommensverhältnisse usw. ist auf jeden Fall notwendig. Darüber herrscht volle Einmütigkeit. Die Vereinigung evangelischer Küster im Hauptamte in der Provinz Sachsen sowie der Bund evangelischer Küster in Preußen haben Wünsche betr. Ruhegehalt- und Witwengelder. Sie erhalten bisher als festen Satz 1800 Mk. und die Witwen 600 Mk. Sie wünschen nun, wie die übrigen, ihnen gleichstehenden Beamten, nach ihrem letzten Einkommen pensioniert zu werden, und die Witwen möchten nach dem Tode des Mannes drei Monate lang das volle Gehalt erhalten. Gewünscht wird von den Antragstellern, daß die Prov.-Synode den Antrag befürwortend an die Generalsynode weitergebe. Entgegen dem Beschluß des Haushalts-Ausschusses (Berichterstatter Syn. Hosch), der zur Tagesordnung überzugehen vorschlägt, wird auf Antrag Pasche die Angelegenheit, für deren Befürwortung sich zahlreiche Stimmen erheben, der Generalsynode zur Erwägung überwiesen. Ueber einen Antrag der reformierten Synode Halle—Magdeburg—Wettin betr. Nichtzahlung von Synodalbeiträgen und anderweite Bemeinungsart der landeskirchlichen Umlagen wird zur Tagesordnung übergegangen.

Verschiedene Kreissynoden, Scheubitz, Burg und Ermsleben (Berichterstatter Syn. Hosch) haben den Antrag gestellt, die Begräbnisgebühren aufzuheben. Sie werden als Mißstand angesehen, fördern nicht die Arbeit der Kirche; eine allgemeine kirchliche Regelung sei notwendig, da die Regelung an einzelnen Orten ihre Bedenken habe. Taufen und Trauungen sind heute in einfachster Form unentgeltlich. Wo eine höhere, kostspieligere Form gewünscht wird, ist bei den genannten Amtshandlungen der volle oder ein Teilbetrag zu zahlen. Es ist empfehlenswert, bei diesem Verfahren stehen zu bleiben. Bei dem Begräbnis ist die einfachste Form so außerordentlich niedrig, daß sie in keinem Fall als Belastung angesehen werden kann. Als Hinderung für das kirchliche Leben kann die betr. Gebühr nicht angesehen werden. Auch wird, was nichts oder sehr wenig kostet, nicht geachtet. Das sieht man auch daran, daß vielfach die einfache Begräbnisform verschmäht und die höhere verlangt wird. Der Ausschuß schlägt Uebergang zur Tagesordnung vor. In der lebhaften Besprechung wird darauf hingewiesen, daß die Aufrechterhaltung der Gebühren unseren sozialen Verhältnissen nicht entspricht und als alter unsozialer Zopf abzuschaffen sei, wie das schon in zahlreichen Gemeinden der Fall ist. Laut Antrag Scholtz, der auf die Notwendigkeit hinweist, die kirchliche Beerdigung nur in einfachster Form vornehmen zu lassen und die Gebühren abzulehnen, wird der Antrag dem Konsistorium zur weiteren Veranlassung überwiesen. Laut Antrag der Kreissynode Weißenfels (Berichterstatter Rumpwerth) wird beschlossen: 1. dem Arbeiter, der durch Teilnahme an kirchlichen Sitzungen einen Lohnausfall erleidet, soll aus sozialen Gründen dieser Verlust aus Kirchenmitteln erstattet werden. 2. In Zukunft sollen alle Mitglieder der Kreissynoden (bisher nur die auswärtig wohnenden, aber nicht die am Ort der Tagung ansässigen) Tagegelder erhalten. Eine Anzahl von Anträgen befaßten sich mit dem Provinzialgesangbuch nach verschiedenen Seiten. Seine Bereicherung durch Einfügung von Bibelsesezetteln in allen Ausgaben wird gebilligt; ebenso die Schaffung eines Anhangs, besonders mit Liedern für Kinder- und Missionsgottesdienste, durch den Ausschuß für Kirchenmusik. Abgelehnt wird die Wiederausgabe von billigen Provinzial-Gesangbüchern ohne Noten, nachdem soeben erst zu allgemeiner Freude solche Gesangbücher erschienen sind. Dafür soll aber die beliebte Taschenausgabe auf dünnem Papier weiterhin erhalten bleiben. Abgelehnt wird die Herausgabe eines allgemeinen evangelischen Gesangbuches zur gegenwärtigen Zeit als ungeitgemäß. Die Kreissynode Bretna hat die Abschaffung der Kirchenkollekte für Theologie-Studierende (Berichterstatter v. Krosigk) beantragt. Sie findet neben manchen Gegnern auch zahlreiche Freunde auf der Synode. Gewiß wird sie von vielen Pfarrern friesmütterlich behandelt, d. h. sie wird der Gemeinde vielfach gar nicht vorgelegt, sondern nur von einem Betrag des Stelleninhabers gezeigt. Tatsache ist, daß sie jährlich in der Provinz 2000—3000 Mk. einbringt, die den Theologie-Studierenden in Form von Freitischen zugute kommen und den Söhnen wenig Begüterter oft erst ermöglicht, wie von verschiedenen Seiten aus eigener Erfahrung bekräftigt wurde, das Studium durchzuführen. Der Antrag Brehna wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Kreissynode Zeitz wünscht die Verlegung der Konfirmation an den Schluß des Schuljahres. Wird abgelehnt und in warmen Worten der Wunsch zum Ausdruck gebracht, am Palmsonntag, der als Konfirmationstag tief im deutschen Volksherzen verankert ist, auch in Zukunft möglichst festzuhalten. Schluß 7 Uhr. Nächste 4. Vollsitzung am Montag, den 28., vormittags.

*

1. **Genthin**, 26. April. (Die Stadtverordnetenversammlung) setzte den Haushaltsplan der Kämmereikasse in Einnahme und Ausgabe auf 460 000 M. fest. Erhoben sollen werden 200 Prozent (im Vorjahre 200) Zuschlag zur Staatseinkommensteuer, 200 Prozent von der Gewerbesteuer, 3 vom Tausend des gemeinen Wertes der Grundstücke und Gebäude. Einkommen bis zu 900 M. bleiben steuerfrei. Man rechnet mit einer Mehreinnahme an Steuern von 134 000 Mk. gegen das Vorjahr. Im Laufe des Sommers soll die neue städtische Turnhalle fertiggestellt werden. Die Neuwahlen zum Kreistag im Wahlverband der Landgemeinde finden am 4. Mai statt. Der ganze Kreis mit Ausnahme der Städte und größeren Ortschaften Altenplathow, Paren und Schönhausen bildet nur einen Wahlbezirk und bei 24 Abgeordnete zu wählen. Zum Wahlkommissar ist Landrat von Schenck ernannt worden.

2. **Cöthen**, 26. April. (Der Gemeinderat) genehmigte unter Aufhebung eines früher gefaßten Beschlusses ein Ortsstatut, nach welchem der Magistrat künftig aus dem Bürgermeister, zwei besoldeten und zwei unbesoldeten Stadträten bestehen soll. Beschlossen wurde, den Wasserzins mit Rücksicht auf die gesteigerten Gewinnungskosten zu erhöhen. Die Erhöhung erbringt etwa 39 000 M. Erhöht wurden weiter auch die Schlachthofgebühren um 50 Proz. Für die Herstellung eines schon lange geplanten Industrie-Anschlußgleises im Nordosten der Stadt wurden 250 000 M. bewilligt. Es sind hier bereits mehrere Firmen ansässig, andere werden sich niederlassen, sobald der Bahnanschluß geschaffen ist. Eine der Firmen hat einen Kostenbeitrag von 80 000 M. zugesagt. Hiernach fand die Verabschiedung des zum Bürgermeister von Bernburg gewählten Stadtrats Gothe statt. Oberbürgermeister Dr. Heymann wie Stadtv.-Vorsteher Pfeifer rühmten die unermüdliche Arbeitskraft, das umfassende Wissen und die gradsinnige Wesensart des Scheidenden, dessen Weggang für Cöthen einen schweren Verlust bedeutet.

3. **Dessau**, 26. April. (Für eine Verkehrsverbesserung) sprachen sich in letzter Landtagssitzung sämtliche Abgeordnete aller Parteien aus. Sie ersuchten den Staatsrat, bei der Eisenbahndirektion Halle dahin zu wirken, daß der Frühzug von Bernburg nach Cöthen auch bis Dessau durchgeführt wird. In der Begründung wird geklagt, daß die Bevölkerung nicht in der Lage sei, rechtzeitig nach der Zentrale des anhaltischen Landes zu kommen, auf die sie doch bei allen Bedürfnissen des täglichen Lebens angewiesen seien.

1. **Zerbst**, 27. April. (Druckfehlerteufel und Pferdemarkt.) Einige auswärtige Zeitungen hatten den Preis auf dem hiesigen Wochenmarkt infolge eines Druckfehlers mit 30—50 Mk. statt mit 130—150 Mark angegeben. Infolgedessen hatten sich auf dem letzten Sonnabend-Ferkelmarkte überaus zahlreiche auswärtige Kauflustige eingefunden, die ein kleines Borstentier billig zu ersteben hofften. Das Angebot war aber nur gering, wurde aber zum Preise von 100—150 Mark für das Stück glatt abgesetzt. Von dem in den letzten Wochen bemerkbar gewordenen Preisabschlag von 35—50 Mk das Stück war leider nichts mehr zu spüren.

— **Eisleben**, 27. April. (Die Feier der goldenen Hochzeit) beging gestern der Berginvalide Friedrich Müller mit seiner Ehefrau Friederike Almine geborene Hahn. Die kirchliche Einsegnung des Jubelpaares fand in der Wohnung, Rammberg 37, durch Pastor Günther statt.

g. **Jena**, 28. April. (Personalien.) Der Studienassessor Paul Wünsch von der hiesigen Oberrealschule geht am 1. Mai an die Handelsschule nach Zwickau.

— **Rudolstadt**, 26. April. (Automobilverbindung.) Wie die „Landeszeitung" erfährt, schweben Verhandlungen zur Einrichtung einer privaten Automobilverbindung Rudolstadt—Blankenburg. Die Einrichtung soll spätestens im Frühsommer erfolgen.

1. **Aus dem Kreise Jerichow II**, 27. April. (Die Diebstähle) an Vieh mehren sich in der letzten Zeit in den Ortschaften des Kreises in erschreckender Weise. In einer der letzten Nächte wurden auf dem Meisnerschen Gute in Großlübs 2 sehr wertvolle Pferde gestohlen. Eines derselben ist im Leipkauer Busch abgeschlachtet worden. Dort fand man die Eingeweide und Beine des Tieres. Im Dorfe Plötzky bei Gommern wurden zwei wertvolle Milchziegen gestohlen. — In Kleinlübs haben die Bürger eine Sicherheitswehr gegen die fortgesetzten nächtlichen Diebstähle organisiert.

Kunst und Leben

— **Kant-Gesellschaft.** Die von der Kant-Gesellschaft vor mehreren Jahren über das Thema „Eduard von Hartmanns Kategorienlehre und ihre Bedeutung für die Philosophie der Gegenwart" ausgeschriebene Preisaufgabe ist jetzt zur Erledigung gekommen. Während von den Preisrichtern, den Prof. Jonas Cohn-Freiburg, Heinrich Maier-Heidelberg, Max Frischeisen-Köhler-Halle, keine der eingelaufenen Arbeiten mit dem ersten Preise ausgezeichnet worden ist, wurde der Arbeit von Fräulein Dr. med. Martha Ulrich-Berlin der zweite Preis (1000 Mark) und derjenigen von Dr. theol. Johannes Hessen-Leite der dritte Preis (600 Mark) zuerkannt. Ueber die neuerdings von der Kant-Gesellschaft ausgeschriebene Preisaufgabe, sowie über die Bestrebungen und Leistungen der Gesellschaft erhalten Interessenten kostenlos Auskunft von dem stellvertr. Geschäftsführer Dr. Arthur Liebert (Berlin W. 15, Fasanenstr. 48).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904291-12/fragment/page=0003

„H.J." Sportberichte

— **Sportplatz am Zoo.** Für den Leichtathleten ist jetzt die Zeit gekommen, um sich auf dem grünen Rasen betätigen zu können. Die von der Ausbildung angesetzten Uebungsstunden werden schon fleißig besucht, doch muß die Beteiligung noch viel größer sein. Deshalb sei heute nochmals an alle Mitglieder und Interessenten das Ersuchen gerichtet, an den nachstehenden Tagen auf unserem Sportplatz zur Aufnahme eingehender Arbeit sich einfinden: jeden Dienstag ab 5 Uhr nachmittags, jeden Freitag ab 5 Uhr nachmittags (also nicht mehr Donnerstags) und jeden Sonntag von früh 10 Uhr ab. Gleichzeitig wird noch darauf hingewiesen, daß am Nationalfeiertag, Donnerstag, den 1. Mai, von früh 10 Uhr ab geübt wird.

— **Auf dem Feldmarkplatze** standen sich am vergangenen Sonntage Eintracht I (Meister der 2a-Klasse) und Sportlust I gegenüber. Das Spiel endete 2:2 unentschieden, nachdem bei Halbzeit 1:0 für Sportlust stand. Sportlust spielte in der zweiten Hälfte nur mit 10 Mann. Schiedsrichter Eck leitete das Spiel gerecht und einwandfrei.

— **Fußballwettspiel.** Der Sportverein „Kyffhäuser" veranstaltete am letzten Sonntag zu Frankenhausen am Kyffhäuser ein Fußballwettspiel auf dem Spielplatz Waldschlößchen gegen die Spielvereinigung Sondershausen. Das Spiel endete mit 7:0, in der Halbzeit 4:0, trotz ungünstigen, zeitweise stürmischen Winden siegreich für Sportverein „Kyffhäuser" Frankenhausen.

— **Die Berliner Liga-Fußballspiele** brachten am Sonntag in der Ligaklasse folgende Resultate: Minerva gegen Norden-Nordwest 6:1 (3:1), V. F. Pankow gegen Sportverein 6:1 (3:1), Viktoria gegen Preußen-Spandau 4:2 (4:1), Triton gegen Tennis Borussia 2:0 (1:0), Union Oberschöneweide gegen Favorit 10:2 (3:-), Union Charl. gegen Germania 2:1 (1:0), Berolina gegen Vorwärts 2:1 (1:0) (90 Min. vor Schluß abgebrochen). Die Spiele der 1. Klasse nahmen folgenden Ausgang: Cimbria gegen Borussia-Schöneberg 4:0, Wacker-Tegel gegen Wilhelmsruh 5:2, Union-Berlin gegen Germania-Berlin 7:0.

— **25jähriges Jubiläum des B. F. C. „Preußen".** Der Berliner Fußball-Club Preußen wird sein 25jähriges Bestehen im Mai durch ein großzügiges Sportfest begehen. Im Rahmen dieser Veranstaltung wird die bestens bekannte Elf des Wiener Athletik-Sport-Klubs, die zurzeit an der Spitze der Wiener Mannschaften steht, zwei Spiele austragen und damit nach mehrjähriger Pause wieder Gelegenheit bieten, in Berlin eine ausländische Mannschaft zu sehen. W. A. C. trifft am Sonnabend, den 10. Mai, nachmittags 6 Uhr, auf dem Preußenplatz zunächst auf den neuen Berliner Meister Viktoria und am folgenden Tage auf den Jubilar Preußen.

— **„Rund um das Tempelhofer Feld".** Der alljährliche Eilmotorlauf des Berliner Turnrates Rund um das Tempelhofer Feld über 4 Kilometer wurde in der Altersklasse vom Berliner Turnverein 1850 (1. Mannschaft) in 10:45,9 vor Rübezahler Turn-Verein 10:56 und Turnerschaft Schöneberg 11:07 gewonnen. In der Jugendklasse siegte Jahn-Neuk. in 17:01 vor Turnerschaft Schöneberg, im Einzellaufen König (T. V. Jahn-Neuk) 14:25 vor Purka (Berl. T. V. 14:14,7 und Bender (Rüb. T. V.).

— **Die Treptower Radrennen** mußten am Sonntag des schlechten Wetters wegen ausfallen. Der nächste Renntag ist am Donnerstag, 1. Mai. Die Hauptnummer bildet der Preis der Republik, ein Dauerrennen über 100 Kilometer mit zwei Vorläufer über je 70 Kilometer. Außerdem hat Hofmann im Rembinde-Rennen seine tägliche Rente zu verteidigen.

Die Kieler Woche einst und jetzt. Zum erstenmal seit fünf Jahren „läuft" die Kieler Woche. Diesmal wird diesmal in Gemeinschaft mit der Kieler Segelvereinigung, wieder eine Ausschreibung für eine in diesem Jahre geplante „Kieler Woche". Selbstverständlich nimmt diese unter den obwaltenden Verhältnissen keinesweges den Umfang früherer Veranstaltungen ein. Und aus den ehedem sich über vierzehn Tage erstreckenden Veranstaltungen, die unter dem Sammelnamen der „Kieler Woche" zusammengefaßt waren, sind diesmal zwei auf insgesamt neun Wettfahren beschränkte Veranstaltungen, und zwar die „Kieler" und die „Travemünder Woche", hervorgegangen. Diese enthalten in der Zeit vom 21. bis 24. Juni je zwei Binnen- und zwei Seewettfahrten der Kieler Segelvereinigung und des kaiserlichen Jachtklubs, am 25. Juni eine von diesen beiden Klubs in Gemeinschaft mit dem Hamburger Norddeutschen Regattaverein veranstaltete Fernfahrt von Kiel nach Travemünde, und im Rahmen der „Travemünder Woche" vier Wettfahrten vom 27. bis 30. Juni. Zur Ausschreibung gelangen diesmal mit Ausnahme der 15- und 9 qm-R-Klasse sämtliche R-Klassen von 19—5 Meter. Nicht ausgeschrieben sind dagegen, der Stolz der früheren Kieler Wochen, die großen Schoner, da die „Germania" des Herrn v. Krupp und Bohlen-Halbach von den Engländern als Preise verkauft und der ehedem kaiserliche „Meteor" natürlich nicht in Dienst gestellt ist, so daß nur noch die „Hamburg" zurzeit in Deutschland in Betracht käme.

Volkswirtschaft

Nachdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Vorwärts" gestattet

Der Markschwund

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

In der „guten alten Zeit" vor dem Weltkriege wurde die deutsche Mark mit 1,25 Frcs. bewertet.

Im Kriege und insbesondere seit dem großen Zusammenbruch ist der Kurs der Mark unaufhaltsam gesunken und sinkt anscheinend leider immer weiter. Im Januar d. J. bewegte er sich noch um 0,76 Frcs., im März ging er auf 0,50 Frcs. und tiefer herunter. Zurzeit steht er auf 0,36 Frcs., und die weiteren Entwertungsmöglichkeiten scheinen unbegrenzt zu sein. Mit dieser Entwertung der Mark aber wird dem deutschen Volkskörper das Mark entzogen.

Wie kam es denn? Es liegt auf der Hand und wird auch demjenigen einleuchten, dem die verwickelten Zusammenhänge zwischen Volksvermögen, Kredit und Währung nicht völlig klar sind, daß, je ungünstiger sich unsere militärischen Aussichten stellten, desto mehr auch unsere Währung leiden, der Kurs der Mark zurückgehen mußte. Denn es war klar, daß ein ungünstiger Ausgang des Krieges die deutsche Volkswirtschaft mit einem ungeheuren Debet sowohl an Kriegskosten wie an zu leistenden Kriegsentschädigungen belasten würde. Geld aber ist ja (von dem längst verschwundenen Goldgeld abgesehen) kein „Ding an sich", das den „Wert in sich selbst" hat, sondern lediglich eine Anweisung auf das Volksvermögen. Je mehr dieses zusammenschrumpft, desto geringwertiger werden die Anweisungen. Im Inlande merken wir das nur indirekt an dem Steigen der Preise. Die Mark bleibt Mark, aber der geringere Wert drückt sich darin aus, daß wir weniger dafür kaufen können. Im Verkehr mit dem Ausland merken wir es direkt am Sinken des Markkurses.

Aber es ist nicht der unglückliche Krieg mit seinen unabsehbaren Wertvernichtungen allein, es sind auch nicht nur die Kriegsentschädigungen, welche man aus uns herauspressen will, die zu dem Tiefstand unserer Währung führen, sondern das deutsche Volk oder wenigstens ein erheblicher Teil von ihm zieht in diesem Punkt an einem Strang mit seinen Gegnern. Nachdem wir jahrelang Werte vernichtet haben, wäre es jetzt an uns gewesen, wieder Werte zu erzeugen, um unser dezimiertes Kapital aufzufüllen, unseren vernichteten Kredit wieder in die Höhe zu bringen. Aber Werte werden nur durch Arbeit geschaffen, durch Nichtarbeiten, durch Streiks dagegen vernichtet. Und so reiht sich an die Wertvernichtung durch den Weltkrieg die durch die chronischen Aufstände, vom wilden Gelegenheitsstreik bis zum Generalstreik.

Für den Statistiker wäre es eine lohnende Aufgabe, eine vergleichende Tabelle der Streikbewegungen und des Markkurses aufzustellen. Aber auch der Nichtstatistiker kann diese Wirkungen am eigenen Leibe kennen lernen, und zwar da, wo er am empfindlichsten ist, nämlich am Magen. Von den uns von den Alliierten zugesagten Lebensmitteln haben wir bis jetzt nur einen Teil einführen können, weil wir keinen Kredit mehr haben, und weil es uns an Zahlungsmitteln fehlt. Denn in Gold dürfen wir an die neutralen Lieferanten nicht zahlen, und in Kohle und Kali, welche die Hauptzahlungsmittel darstellen sollten, können wir nicht zahlen wegen der chronischen Bergarbeiterstreiks, die zugleich durch den Kohlenmangel unser gesamtes Wirtschaftsleben lahmlegen, so daß wir keine Waren ausführen, mithin die für uns unentbehrlichen Dinge nicht einführen können.

Und noch ist kein Ende dieser Streiks abzusehen. Während der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier, dessen Ende schon so oft vorausgesagt wurde, noch immer, wenn auch abflauend, fortdauert, geht bereits eine neue Ausstandsbewegung im oberschlesischen Bergwerkrevier ein, wo die angekündigte Schließung der Vereinigten Königs- und Laurahütte jedem, der sehen will, die Folgen des ruinösen Lohnbolschewismus und der unverantwortlichen Streiks klar vor Augen führt. Es darf so nicht weitergehen, es muß Schluß mit diesem Generalstreikfieber, das durch die deutschen Lande rast, gemacht werden, wenn wir wirklich noch an die Möglichkeit eines Wiederaufbaus denken wollen. Mit Recht ist auf dem letzten Rätekongreß in Berlin gesagt worden, daß die Bergarbeiter mit den Schächten die deutsche Volkswirtschaft ersaufen lassen. Aber an diesem Ersaufenlassen beteiligt sich jeder, der, statt zu arbeiten, streikt, und zwar, wie es jetzt in zahlreichen Fällen der Fall war und ist, streikt unter Verwerfung des schiedsgerichtlichen Spruches.

Es muß daher, wenn diesen wilden, die deutsche Volkswirtschaft ruinierenden Streiks Abbruch geschehen soll, als Mindestforderung die Schaffung obligatorischer Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten aufgestellt werden, um Arbeitseinstellungen, die unsere nationale Wirtschaft einfach nicht mehr verträgt, in Zukunft unmöglich zu machen. Das Wort „Sozialismus ist Arbeit" hat sich als inhaltslose Phrase, als gröbliche Täuschung erwiesen; durch die Schaffung obligatorischer Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten könnte es vielleicht noch in die Tat übergeführt werden. Aber wir haben nicht mehr viel Zeit zu verlieren, der ausgesogene deutsche Volkskörper hat nicht mehr viel zuzusetzen, die Reichsmark kann nicht mehr viel entwertet werden!

Gesellschafts-Abschlüsse

Döring u. Lehrmann Akt.-Ges. für Bergwerks-, Erd- und Bauarbeiten in Helmstedt. Die ordentliche Generalversammlung, in der 652 000 Mk. Vorzugsaktien und 859 000 Mk. Stammaktien vertreten waren, genehmigte den Abschluß für 1918 und erteilte die Entlastung. Die Dividende von 6 Proz. auf die Vorzugsaktien und von 5 Proz. auf die Stammaktien ist sofort zahlbar. Auf die Anfrage eines Aktionärs hinsichtlich der in der letzten Zeit an der Börse verbreiteten Gerüchte betreffend die Verschmelzung der Gesellschaft mit einem anderen Unternehmen erklärte der Vorsitzende, Bergrat Krisch, daß all diese Gerüchte aus der Luft gegriffen seien. Es haben weder Verhandlungen stattgefunden, noch hat irgendwelche Absicht zu solchen vorgelegen.

Rütgerswerke A.-G. zu Berlin. Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Jahre 11,91 (11,96) Millionen Mark brutto verdient. Für Abschreibungen sind 4,09 (4,06) Mill. Mk. vorgesehen. Aus dem 4,61 (5,02) Mill. Mk. betragenden Reingewinn wird die Verteilung einer Dividende von 12½ Prozent (wie im Vorjahre) vorgeschlagen. Im Vorjahre wurden außerdem 500 000 Mk. der Spezialreserve und 350 000 Mk. dem Wohlfahrtsfonds überwiesen. Mit Ausnahme der letzten Monate hat die Gesellschaft im Berichtsjahr nach dem Rechenschaftsbericht in den meisten Fabriken mit größter Anspannung gearbeitet. Die politische Umwälzung hatte, wie bei allen anderen Unternehmungen, eine vollständige Umgestaltung auf allen Betriebsstätten zur Folge. Die widrigen Umstände haben auch die Aufnahme des Probebetriebes der Kursächsischen Braunkohle-Gas- und Kraft-G. m. b. H. verzögert und seine Durchführung unmöglich gemacht. In der Bilanz werden Waren mit 5,76 (4,44) Mill. Mark bewertet. Den Debitoren von 14,44 (12,93) Mill. Mk. stehen Kreditoren von 14,33 (15,74) Mill. Mk. gegenüber. Die Nachfrage nach den Erzeugnissen des Unternehmens ist nach wie vor so lebhaft, daß, solange nicht eine Steigerung der Gewinnung von Kohle und der von der Gesellschaft verarbeiteten Nebenprodukte eintritt, das Unternehmen kaum in der Lage sein wird, ihr voll zu entsprechen. Jede Voraussage für die Zukunft ist wegen der ungeklärten politischen und wirtschaftlichen Lage unmöglich.

Die Steffens u. Nölle Akt.-Ges. (Eisenhandel) in Berlin schließt ihr Geschäftsjahr 1918 mit einem Ueberschuß von 1 214 075 Mk. (i. V. 1 836 231 Mk.) ab. Einschließlich 87 319 (112 052) Mk. Vortrag wird der Reingewinn mit 998 608 (1 076 289) Mk. ausgewiesen; aus ihm sollen wieder 10 Prozent Dividende gezahlt und 20 387 Mk. neu vorgetragen werden. In der Bilanz figurieren u. a.: Effekten mit 9 192 582 (1 986 735) Mk., Waren mit 1 705 819 (1 847 841) Mk., Debitoren mit 9 612 227 (14 185 546) Mk., Bankkonto mit 3 360 352 (5 117 423) Mk. und Kreditoren und Anzahlungen mit 16 275 265 (14 447 805) Mk.

Vereinigte Lausitzer Glaswerke Akt.-Ges. in Berlin. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 20 Prozent fest. Wie die Verwaltung mitteilte, ist das Unternehmen gut beschäftigt, doch könne man angesichts der wirtschaftlichen Lage eine Prognose für die Zukunft nicht stellen.

Gebr. Körting Akt.-Ges. in Hannover. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 10 Prozent fest. Wie die Verwaltung mitteilte, habe man bisher den Betrieb aufrechterhalten können, aber die Leistungen seien stark zurückgegangen. Die Fabrikation sei durch die außerordentlich hohen Löhne derart verteuert, daß man mit dem Auslande nicht mehr konkurrieren könne, obgleich das Unternehmen auf das Ausland angewiesen sei. Der Auftragsbestand sei hoch, die Unkosten jedoch bedeutend, daß man mit einem Gewinn nicht rechnen könne.

Deutsche Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M. In der gestrigen Generalversammlung wurden die Punkte der Tagesordnung einstimmig genehmigt und die sofort zahlbare Dividende auf 6 Prozent festgesetzt.

Portland-Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart Akt.-Ges. In der Generalversammlung, in der 28 Aktionäre 3[illegible] Stimmen vertraten, wurden die Regularien genehmigt und die Dividende auf 10 Prozent festgesetzt.

Schlesische Akt.-Ges. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb in Lipine. Der Aufsichtsrat schlägt für das Geschäftsjahr 1918 6 Proz. Dividende gegen 20 Proz. im Vorjahre vor. Der Rohgewinn beträgt 5 881 395 Mk. gegen 15 918 986 Mk., der Reingewinn 1 692 651 Mk. gegen 5 892 761 Mk. im Vorjahr.

Dividendenvorschläge. Ph. Penin Gummiwerke Fabrik A.-G. in Leipzig schlägt eine Dividende von 25 (18) Proz. vor. — Die Deutsche Spiegelglas-A.-G. schlägt eine Dividende von 20 (12) Proz. vor. — Die Hedernheimer Kupferwerke und Süddeutsche Kabelwerke A.-G. schlagen eine Dividende von 10 Proz. vor.

Industrie, Handel, Handwerk

Erhöhung der Zuckersteuer. Von den Artikeln des Massenbedarfs wird, wie verlautet, der Zucker einer wesentlich höheren Steuerbelastung unterworfen werden. Die Zuckersteuer soll auf 80 Mark für den Doppelzentner gesteigert werden, was einer Verteuerung des Kleinhandelspreises um 8 Pfennig für das Pfund entsprechen dürfte. Das Reichsschatzamt hofft dadurch eine Reinmehreinnahme von 180 Millionen Mark zu erzielen. Bei dem gegenwärtigen Zuckerpreise mag ein Preisaufschlag von 8 Pfennig nicht erheblich ins Gewicht fallen, die Verhältnisse ändern sich aber wieder. Erfahrungsgemäß hat sich bisher nach jede Steigerung der Steuerabgabe auf dem von ihr betroffenen Marktgebiet fast automatisch in Preissteigerungen für den besteuerten Artikel umgesetzt. Und diese Tatsache übt einen mehr oder weniger starken Rückschlag auf den Verbrauch aus, es sei denn, daß durch die Ernährungssorgen, wie eben jetzt, alle Rücksichtnahme auf die knappen Nahrungsmittel zu Boden geschlagen wird. Das kann aber nicht dauernd so bleiben, und die Hausfrau erst wieder zu rechnen anfangen wird, wenn sie am Zucker sparen wollen. Für die Volksernährung wäre das vom Uebel.

— **Kohlenpreiserhöhung.** Die staatliche Bergwerksdirektion gibt bekannt: Gemäß Beschluß der Oberschlesischen Kohlenkonvention vom 1. April 1919 tritt eine Preissteigerung von 12 Mark pro Tonne Steinkohlen und 14 Mark pro Tonne Steinkohlenbriketts ein. Damit erhöhen sich die ab 1. Januar geltenden Preise für Steinkohlen und Steinkohlenbriketts mit Wirkung vom 1. April 1919 ab ausschließlich der Kohlen- und Umsatzsteuer um 14,50 Mark bzw. 16 Mark die Tonne.

— **Neue Aktiengesellschaft.** Unter der Firma Schiffs- und Segeltuchwerke und Zeltfabrik A.-G. Chemnitz ist ein neues Aktienunternehmen mit einem vorläufigen Grundkapital von 300 000 Mk. gegründet worden.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Zusammenhängend mit der Spannung hinsichtlich der bevorstehenden Entscheidung der Friedensfrage, sowie auf die Fortdauer der innerpolitischen Wirren legte sich die Börse weitgehende Zurückhaltung auf. Doch vermochten einige Spekulationsgruppen für gewisse Werte Interesse zu erwirken. Für Elektrizitätsunternehmungen wurde die Bewegung an ausländischen Unternehmungen geltend gemacht. Aktien der A. E. G., Bergmann und Felten u. Guilleaume wurden darauf zu höheren Kursen umgesetzt. Eine sehr bedeutende Steigerung erfuhren Hirsch Kupfer auf günstige Geschäftsaussichten. Gebrüder Böhler setzten ihre Erholung fort. Als höher sind ferner Lothringer Hütte und Rombacher zu nennen. Schiffahrtsaktien bevorzugte Neigung zur Abschwächung namentlich Hamburg-Südamerikanische. Auch sonst neigten Werte geringen Umsatzes die Kurse meist nach unten. Anleihen, sowohl heimische wie fremde, lagen, soweit noch gehandelt, still und waren bei wenig veränderten.

Produktenbericht. Die Nachfrage für Getreidestroh ist im ganzen Verkehr mit Landesprodukten hält an. Doch steht wenig Material zur Verfügung. Auch die Ware auf Abruf hat sich nicht gemehrt. Im Sämereigeschäft ist es still. Oelsaaten besteht noch hier und die Nachfrage für Saatbohnen. Offerten waren nicht in genügenden Posten vorhanden. Offerten für Gemüsepflanzen kommen in größerer Menge heraus.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	
Halberstadt-Blankenb.	87,—	Gebhardt u. Co.	116
Halle-Hettstedter	—,—	Gebhardt u. König	93
Schantungbahn	145,—	Gelsenkirch. Bergb.	156
Allg. Lokal-Str.	183,—	Glanziger Zuckerfbr.	194
Gr. Berl. Str.	132,25	Hallesche Masch.-Fabr.	33
Magdeburger Str.-B.	103,—	Hann. Masch.	18
Lux. Prim Heinrich.-B.	120,—	Harpener Berg	15
Orientbahn	248,50	Hasper Eisen	13
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	18
Hambg. Paketfahrt	101,50	Höchster Farbw.	15
Hamburg.-Südamerika	145,7/8	Hoesch Eisen u. Stahl	17
Hansa-Dampfschiff	238,—	Hohenlohe-Werke	12
Nordd. Lloyd	104,50	Humboldt-Masch.	12
Banken:		Ilse-Bergbau	10
Bank für Thür.	—,—	Kahla-Porzellan	10
Berl. Handelsges.	149,—	Kaliw. Aschersleben	14
Comm u. Diskontobank	123,—	Körbisd. Zucker-Akt.	17
Darmstädter Bank	116,75	Kyffhäuserhütte	17
Dess. Landesbank	—,—	Lahmeyer u. Co.	14
Deutsche Bank	216,50	Lauchhammer	14
Disconto-Comm.	171,—	Laurahütte	14
Dresdner Bank	145,50	Linke u. Hofmann	24
Credit-Anst. Leipzig	145,—	Ludwig Loewe u. Co.	24
Mitteld. Kreditbank	116,25	Lothringer Hütte	14
Privat-Bank	116,—	Mannesmannröhren	14
Nationalbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	14
Oesterr. Kredit	—,—	do. Caro Heg.	14
Reichsbank	138,—	do. Kokswerke	14
Industrie-Aktien:		Orenstein u Koppel	14
Schultheiss-Brauerei	246,—	Phönix-Bergb.	14
Akt. f. Anilin	210,—	Rhein. Metall-Vorz.	14
Allgem. Elektr.-Ges.	173,—	Rhein Stahlwerke	14
Ammendorfer Papierf.	—,—	Riebeck. Montan	14
Anhalter Kohlenw.	153,—	Rombacher Hütten	14
Annaberger Steingut	158,—	Rositzer Braunk.	14
Badische Anilin	273,—	Rositzer Zucker	14
Bergmann-Elekt.-Akt.	140,25	Sangerhäuser Masch.	14
Berl. Masch.-Bau	205,—	Hugo Schneider u. Co.	14
Bismarckhütte	170,—	Schuckert u. Co.	14
Boehmer Porzellan	175,25	Siemens u. Halske	14
Chem. Fabrik Buckau	151,—	Stettiner Vulkan	14
Chem. Griesheim	191,25	Stollberger Zink.	14
Chem. v. Heyden	153,—	Strals. Spielkarten	14
Consolidation Schalke	212,—	Thale-Eisenhütte	14
Cröllwitzer Papierfabr.	262,50	Triptis-Akt.-Ges.	14
Daimler-Motoren	226,—	Türkische Tabakregie	14
Deutsch-Luxemburg	138,50	Ver. Köln-Rottweiler	14
Deutsche Uebersee-El.	220,—	Glanzstoff Elberf.	14
Deutsche Erdöl	319,—	Wegelin u. Hübner	14
Deutsche Gasglühl.	318,—	Werneh.-Wolmsdorf. Brk.	14
Deutsche Kali	162,—	Westeregeln-Alkali	14
Deutsche Waff. u. Mun.	241,—	Wittener Gußstahl	14
Donnersmarckhütte	153,—	Wredo-Mälzerei	14
Döring u. Lehrmann	100,50	Zeitz-Kriebitsch. Brk.	14
Dürkoppwerke	238,75	Zeitzer Masch.	14
Elberfelder Farben	259,50	Zellstoff Waldhof	14
Felten u. Guilleaume	—,—	Otavi-Minen	14

Verantwortlich: Helmut Böttcher.

Bad Salzbrunn. Die Fürstlich Plessischen Quellen sind ab 1. April an an die Mineralwassergroßhandlung Oskar Gi[illegible] in Breslau auf einen langen Zeitraum verpachtet worden. Die hiesige Abteilung genannter Firma — der Salzbrunner Quellen-Versand — führt sich nun durch die Herausgabe einer sehr hübsch ausgestatteten Brunnenschrift ein, welche „Wissenswerte über die drei Hauptquellen, „Oberbrunnen", „Minnequelle" und „Fürstensteiner" (Marthaquelle) enthält und vom „Quellen-Versand" von jedermann kostenlos bezogen werden kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904291-12/fragment/page=0004